

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzelheft 10 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

64. Jahrgang

Berlin, den 30. Januar 1926

Nummer 8

Stimmungen und Wünsche der Prinzipale

III.

Herr Osterrieth, Prinzipalvorsitzender des Kreises III (Frankfurt-Hessen), malt die gewerbliche Lage grau in grau; überall sieht er nur Verschlechterungen und fürchtet auch für 1926 kein Ende der wirtschaftlichen Not. Er warnt vor hemmungsloser Individualität, empfiehlt Befolgung der Organisationsbeschlüsse, ohne jedoch darin das Allheilmittel zu sehen. Persönliche Initiative und regste Anteilnahme am Organisationsleben sind nach seiner Ansicht die wichtigsten Faktoren für den Erhalt und die Förderung einer Druckerei. Er vermeidet jede Stellungnahme gegen die Gehilfenschaft und schlingelte sich somit vorsichtig an diesbezüglichen Zeit- und Streitfragen vorbei.

Herr Walcker, der Vorsitzende des Kreises IV (Württemberg, Baden und Pfalz), äußert sich zwar etwas weniger pessimistisch, bedauert jedoch, daß die Prinzipale es nicht verstanden hätten, die zeitweilige Arbeitskonjunktur des vergangenen Jahres in eine Ertragskonjunktur umzuwerten, wie es die Gehilfenschaft durch die Erringung von Konjunkturlöhnen getan habe. Wir sind der Ansicht, daß Herr Walcker wahrscheinlich einen viel zu hohen Maßstab zu seiner Feststellung des Mangels einer Ertragskonjunktur gebraucht hat. Denn auch die sogenannten Konjunkturlöhne der Gehilfenschaft sind nicht zum kleinsten Teil auf eine diesbezügliche Einschätzung der Ertragsfähigkeit der Betriebe von Prinzipalseite zurückzuführen. Wenn trotzdem Preisunterbietungen schon während der besseren Konjunktur möglich waren und jetzt bei schwächerer Geschäftslage noch stärker in Erscheinung treten, so beweist dies doch, daß weniger die Löhne als der Preistarif selbst diese Möglichkeit begünstigen. Und der Umstand, daß heute die bekannten Lohnabbauenden in den meisten Fällen von solchen Betrieben ausgehen, wo die kaufmännische Leitung der Betriebe mit einer Übersetzung von Direktoren oder zu vielen teuren Aufsichtspersonen belastet ist, läßt ebenfalls darauf schließen, daß weniger der tatsächliche Produktionsprozeß, als dessen Verwaltung oder Leitung ergiebiger Ertragsverhältnisse erschwert. Insbesondere die in letzter Zeit in der „Zeitschrift“ hervortretenden Belehrungen zur Verhütung einer tieferen Einsicht in die Betriebsbilanzen durch Betriebsräte lassen erkennen, daß man auf Prinzipalseite nicht wenig Ursache hat, viel zu verheimlichen. Wir wollen damit nicht sagen, daß dies gerade im Kreise des Herrn Walcker in auffälliger Weise hervorgetreten wäre, aber es ist doch diese „Sorge“ des Prinzipalsorgans wegen eines tieferen Einblicks in die wirtschaftliche Lage der Betriebe auch ein Beleg dafür, daß man der Behauptung vom Mangel einer Ertragskonjunktur im allgemeinen mit großem Zweifel gegenübersehen darf.

Herr Oldenburg (München), Vorsitzender des Kreises V (Bayern), äußert sich in ähnlicher Weise wie Herr Walcker. Im übrigen bedauert er besondere Schattenseiten des gegenseitigen Wegengagierens von Personal. In den Ansätzen des Preistarifs für überbetriebliche Entlohnung sieht er keine genügende Deckung. Demgegenüber müssen wir jedoch feststellen, daß die überbetriebliche Entlohnung in Bayern bisher im Durchschnitt 15 Proz. nicht überschritten hat; 10 Proz. davon sind im heutigen Druckpreistarif ausdrücklich erfasst und die restlichen 5 Proz. waren schon vor dem Kriege auch in Bayern nach dem damaligen Preistarif ohne besondere Ansetzung leicht zu tragen. Also nach dieser Seite versagt auch der heutige

Preistarif nicht. Die gegenwärtige Tendenz in Prinzipalskreisen auf Abbau der überbetrieblichen Löhne begünstigt jedoch die Durchbrechung des Preistarifs und fördert in gleichem Maße die von Herrn Oldenburg befürchtete Anarchie auf dem Preisgebiete, die nach seiner Ansicht eine Folge der dem Druck des Reichswirtschaftsministeriums zuzuschreibenden Aufhebung der Bindung der Mitglieder des DVB an den Preistarif sein wird. Herr Oldenburg bestätigt also mit dieser Befürchtung die Richtigkeit der von uns schon seit langem vertretenen Ansicht, daß der Preistarif trotz seines großzügigen theoretischen Aufbaues auf sehr sandigem Boden ruht. Mit einer auch von Herrn Oldenburg geforderten stärkeren Organisationsdisziplin allein lassen sich eben unentbehrliche Voraussetzungen einer einheitlichen Preisgestaltung nicht gegenstandslos machen. Einheitliche Preise setzen in erster Linie einheitliche Produktionsbedingungen voraus. Solche sind aber niemals zu erreichen, wenn man versucht, die Organisationsdisziplin in Prinzipalskreisen trotz der von Betrieb zu Betrieb unterschiedlichen Rentabilitätsverhältnisse gegen den wichtigsten Faktor der Produktion, gegen die Arbeiterschaft, auszuspielen. Denn erst daraus ergeben sich die Möglichkeiten einer ungehinderten Preisunterbietung auf Kosten der Arbeiterschaft und der Kaufkraft der Massen des Volkes. Auch hier zeigt sich wieder ein besonders gefährlicher Konstruktionsfehler der privatkapitalistischen Wirtschaftsführung auch im deutschen Buchdruckgewerbe, indem man glaubt, einheitliche und hohe Preise ohne Ausgleich der unterschiedlichen Produktionsmöglichkeiten durch entsprechende höhere Entlohnung mit Hilfe organisatorischer Verpflichtungen durchsetzen zu können. Nach unserer Auffassung wird eine wirklich gesunde und volkswirtschaftlich berechtigte einheitliche Preisgestaltung ohne die Leerlaufkosten eines Organisationszwanges nur auf der Grundlage einer den Betriebsbedingungen entsprechenden Zusammenarbeit aller Gewerbeangehörigen zu erreichen sein. Die gegenwärtige Lohnpolitik des Deutschen Buchdrucker-Vereins stößt aber gerade solche Betriebe, deren Betriebsbedingungen hinter den neuzeitlichen technischen Fortschritt zurückgeblieben sind und in der Differenz zwischen der Steigerung des Druckpreistarifs und der tariflichen Mindestlöhne einen um so stärkeren Schutz ihrer rückständigen Betriebseinrichtungen finden, je leichter es ihnen gemacht wird, Reduzierungen des Lohnkontos zu Preisunterbietungen auswirken zu lassen. Denn gerade mangelhafte Betriebseinrichtungen, die sich trotz größerer Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft solcher Betriebe nicht zu besonderen Qualitätsarbeiten verwerten lassen, können den Auftraggebern des Gewerbes in der Regel nur noch durch wesentlich billigere Preise Anreiz zur Auftragserteilung geben. Für solche Betriebe sind daher der Druckpreistarif wie der Lohntarif sozusagen die Pole ihrer Schmutzkonturierung; je größer die Spannung zwischen beiden Tarifen ist, desto größer auch der Spielraum zur Preisunterbietung und zur allgemeinen Schädigung des Gewerbes wie der Gesamtwirtschaft. Von einer freiwilligen Anerkennung und Einhaltung des Preistarifs als obersten Gesetzes der Preisberechnung im deutschen Buchdruckgewerbe, wie es Herr Oldenburg als Wunsch für die Zukunft hegt, wird daher nicht eher die Rede sein können, als bis die Voraussetzungen dafür nicht mehr nur von rein privaten, sondern von allgemeinen und insbesondere von sozialen Gesichtspunkten aus durch gemeinsame Zusammenarbeit aller Gewerbeangehörigen gegeben sind.

Auch der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Buchdrucker-Vereins, Herr Huber (Kempten), gibt

sich große Mühe, das abgelaufene Jahr als ein solches zu charakterisieren, das den Prinzipalen wenig Freude und desto mehr Enttäuschungen gebracht habe; auch das Jahr 1926 sieht er grau und düster vor sich stehen. Das von gewisser Seite empfohlene Allheilmittel „Sparen“ und die meisten Ratsschlüsse zu dessen Anwendung bezeichnet er als vielfache Blinder oder Eisenbarfüren. Eine sich allmählich auswirkende Einschränkung, die von der einzelnen Person ausgeht, hält er für gut und unbedingt notwendig, radikale Maßnahmen seien jedoch volkswirtschaftlich verwerflich und volkswirtschaftlich überhaupt nicht durchführbar. Für Buchdruckereibetriebe werde aber mit Sparen allein nicht mehr durchzukommen sein, die Betriebskapitalien seien den Weg der Inflation gegangen und nur noch zu einem geringen Teil vorhanden. Dauernd mit Bargeld zu arbeiten, sei bei den heutigen Zinssätzen und mäßigen Verdiensten, die das Gewerbe abwerfe, finanziell nicht erträglich und mit Gefahren für den Fortbestand des Gewerbes verbunden. Es seien daher Einschränkungen vorzunehmen und die Produktion auf einen für den Betrieb tragbaren Stand zu verringern. Letzterer Vorschlag zielt also nicht auf eine Vermehrung der Produktion auf eine Verringerung derselben ab. Wir nehmen an, daß Herr Huber damit nur raten wollte, von der Herannahung von Druckaufträgen abzusehen, deren Finanzierung von vornherein zweifelhaft ist. Damit könnte sich auch die Gehilfenschaft einverstanden erklären. Denn die Arbeiterschaft soll nicht verschleudert werden. In dieser Richtung steht das Buchdruckgewerbe sicher noch vor sehr schwierigen Aufgaben. Denn wie schon mehrfach angeführt, kann die Bedeutung des Druckpreistarifs ohne einen gewissen Ausgleich der Auftragsverteilung nach den unterschiedlichen Betriebsverhältnissen und des damit verbundenen verschleuderten Spielraums zwischen Arbeitspreis und Lohn über den beherrschbaren Charakter von Richtlinien nicht hinauskommen. Und zwar um so weniger als der heutige technische Produktionsapparat im deutschen Buchdruckgewerbe einen Umfang angenommen hat, der nach Abtrieb aller durch Abnutzung zu ersetzenden Produktionsmittel infolge der bekannten Flucht in die Sachwerte einen Umfang angenommen hat, der weit über dessen Stand vor dem Kriege hinausgeht. In einer noch vorzunehmenden Zusammenfassung der hier zur Beleuchtung kommenden Stimmungen und Wünsche der Prinzipale werden wir dies an Hand der statistischen Feststellungen der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1924 noch ganz besonders beweiskräftig belegen.

Alle diese Unstimmigkeiten geben den Wortführern der Prinzipale die Möglichkeit, davon zu reden, daß zwar das vergangene Jahr im allgemeinen gute Beschäftigung gebracht habe, daß aber vielfach schlechte Preise zu verzeichnen waren. Insbesondere der Vorsitzende des Kreises VI (Thüringen, Provinz Sachsen usw.), Herr Jaeger (Halle), äußert sich nach dieser Richtung in deutlicher und wohlunterstützender Weise. Er schreibt von einem Mißverhältnis zwischen Mühe und Arbeit einerseits und Verdienst andererseits. Er beklagt das Fehlen großer wirtschaftlicher Gedanken und Vinten auch in unserm Gewerbe; auch dieses werde sich den harten Wirtschaftsgesetzen beugen und nach neuen Wegen und Zielen suchen müssen. Einer dieser Wege müsse zur Konzentration, zur Zusammenfassung der Kräfte, zur Spezialisierung führen. Der Buchdrucker müsse lernen, kaufmännisch zu denken, müsse von kaufmännischem Sinn erfüllt werden, wobei er allerdings an den Sinn des „königlichen Kaufmanns“ denke. Das „kaufmännische Denken“ verdient zweifellos im Buchdruckgewerbe weit größere Beachtung als bisher. Denn wenn es daran

nicht gefehlt hätte, dann wäre heute nicht die Tatsache zu verzeichnen, daß der größte Teil des Betriebskapitals in Sachwerten festgelegt ist, für die höchstens in Zeiten ganz besonders günstiger Konjunktur Verwertungsmöglichkeit gegeben ist. Wenn eine Vertiefung des kaufmännischen Denkens im Buchdruckgewerbe dazu führen würde, zunächst einmal von einer weiteren Ausdehnung des Produktionsapparates Abstand zu nehmen und danach zu streben, die dem Gewerbe zufallenden Aufträge mit den zurzeit und wohl noch auf lange Zeit hinaus völlig ausreichenden Produktionsmitteln zu bewältigen, dann wird zunächst keine weitere Entwertung der letzteren eintreten, das erforderliche Betriebskapital wird sich wieder sammeln und den Unternehmern wie der Arbeiterschaft des Gewerbes viel nützlicher sein als jede doch nur unproduktiv wirkende weitere Belastung durch stillstehende Maschinen usw. Wir betonen das immer wieder, weil es sich hier um Fragen handelt, deren Lösung in erster Linie im Buchdruckgewerbe ins Auge gefaßt werden muß. Alle allgemeinen wirtschaftspolitischen Sorgenfragen des deutschen Volkes, die sich aus dem Weltkriege und durch den Versailler Friedensvertrag ergeben haben, sind durch die hier in Frage kommenden Mängel an richtigem kaufmännischen Denken in Unternehmertreuen des Buchdruckgewerbes für das letztere nicht gemildert, sondern nur noch verschärft worden. Es wäre daher nur zu begrüßen, wenn die von Herrn Jaeger ausgesprochenen Gedanken zu einer Einschränkung oder Beseitigung dieser Mängel führen würden. Denn der Gehilfenschaft läßt es sich beim besten Willen nicht in die Schuhe schieben, daß ein großer Teil der Prinzipale heute Betriebskapital gegen hohe Zinsen pumpen muß, weil sie das aus dem bisherigen Produktionsprozeß als selbstverständlicher Bestandteil der Preisberechnung zurückfließende Betriebskapital in einer unverantwortlichen Höhe in Sachwerte versackt haben.

Daß dieser Mangel an Sinn des „königlichen Kaufmannes“ im Kreise der Kollegen des Herrn Jaeger sehr stark verbreitet ist, das beweisen am besten die Ausführungen des Vorsitzenden des Kreises VII (Freistaat Sachsen), des Herrn Siegfried Weber (Leipzig). Nach einer sehr kurzfristigen und seinem sozialen Gewissen wenig Ehre machenden Beurteilung der Hilfsarbeiterlöhne, insbesondere jener der weiblichen Kräfte, die er als geradezu „beheerend“ für das Wirtschaftsleben und als „unverantwortlich“ bezeichnet, beklagt auch er den großen Mangel an kaufmännischem Geiste in Prinzipalskreisen, der sich in ungelunden Konkurrenzpreisen, in einem „Hammeltrennen“ in Preisunterbietungen bis zu Unterlagen für das Vorgehen des Reichswirtschaftsministeriums gegen die Bindung an den Preistarif, geschaßt habe. Er streift zwar die überflüssig betriebene und finanziell sehr gefährliche Neuanfassung von Maschinen, warnt aber nicht, wie er es fogischerweise tun sollte, vor einer Fortsetzung dieser Kapitalfestlegung, sondern vor „Sentiments“ (gefühlsmäßigen Erwägungen) gegen Arbeiterentlastungen. Er schwärmt für Stillstand jeder irgendwie entbehrlichen Maschine ebenso wie für eine richtungslose Ausdehnung der Arbeitslosigkeit, zumal andre Kreise im Wirtschaftsleben mit noch viel höheren Arbeitslosenziffern aufzuwarten hätten! Man sieht also, der Prinzipalsvorsitzende der Buchmetropole Deutschlands ist ein „Gemütsmenschen“ eigener Art. Von einer tieferen sozialen Erfassung der Ursachen der heutigen Wirtschaftsnot ist in seinen Darlegungen überhaupt nichts zu merken. Seine an einen wirtschaftsfremden Sportsmenschen erinnernde Gleichgültigkeit gegenüber der Arbeiterschaft des Gewerbes läßt nicht erwarten, daß er das Bedürfnis nach großen wirtschaftlichen Gedanken und Linien hätte. Für ihn reduziert sich alles auf die nackteste Profitformel, die keinerlei soziale Überlegungen oder Rücksichten kennt. Das ist kein „königlicher“ Kaufmannsinn im besten Sinne des Wortes, sondern Krämergeist, der auf dem Leipziger Brühl auf offener Straße sich seit alten Zeiten als Verkehrshindernis breit macht und nur damit rechnet, wie komme ich in Rückenbedeckung auf Rechnung anderer.

Die dann in Nr. 2 der „Zeitschrift“ noch folgenden „Rück- und Ausblicke“ der Prinzipalskreisvertreter von Schlesien (Herr Neusch, Breslau), Hamburg, Schleswig-Holstein, der beiden Mecklenburg und Lübeck (Herr Wabst, Hamburg) und Ostpreußen (Herr Rümme, Königsberg) bleiben so ziemlich in der Mitte. Herr Neusch führt besondere Klage über die Gleichgültigkeit und Eigenbrütelerei seiner Kollegen in gewerblichen und organisatorischen Fragen; den Preisverberbern hält er gleichfalls eine geharnischte Standrede. Herr Wabst nimmt insbesondere Anstoß

an der Rührigkeit der Gehilfen zur Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse und ist der Ansicht, daß diese Überspannung des Lohngedankens wieder auf ein gesundes Maß zurückgeführt werden müsse. Und Herr Rümme hat neben allen andern Klagen der Prinzipalsvertreter noch besondere Schmerzen wegen Neugründungen von kleinen Betrieben in seinem Kreise durch Nichtfachleute; er sieht einer schweren Zukunft entgegen und fürchtet, daß, wenn sich die Verhältnisse nicht bald ändern, eine ganze Anzahl früher gut fundierter Betriebe einer völligen Verschuldung entgegengehen.

Überblickt man alle diese Stimmungen und Wünsche der Prinzipale, so könnte man einen Schüttelfrost bekommen, wenn man alles für bare Münze nehmen müßte. Aber so wenig dabei die wirkliche Wahrheit für die Vergangenheit zum Ausdruck gekommen ist, so sind auch die daraus resultierenden Zukunftsbilder mit aller Vorsicht und berechtigten Zweifeln zu beurteilen. Die bekannten Sargnägel für das deutsche Buchdruckgewerbe waren schon bisher ebensovienig am Plage, wie sie auch für die Zukunft nicht notwendig sein werden. Mit Schwarzmalerei sind noch wenig Fortschritte im wirtschaftlichen Leben erzielt worden. Wir wollen auch im Interesse der Gehilfenschaft die tatsächlichen Verhältnisse nicht durch Potemkinsche Dörfer verschleiern wissen. Das eine sei gesagt, so wie die Dinge von Prinzipalseite geschildert und öffentlich beurteilt werden, sind sie in Wirklichkeit nicht. Und diese Wirklichkeit, die ein ganz anderes Bild zu erkennen geben wird, soll in einem besonderen Artikel in einer der nächsten Nummern zur Darstellung kommen.

Das Buchgewerbe im Ausland

Internationales Buchdruckersekretariat

Die Sitzung der Sekretariatskommission vom 20. Januar ging uns folgender Bericht aus Bern zu: Als neues Kommissionsmitglied an Stelle des zum Sekretär gewählten Kollegen Grundbacher wurde Kollege Franz Rikschmann, Präsident der Sektion Bern, begrüßt. Der jugoslawische Verband machte weitere Mitteilungen über den Stand seines Tarifkampfes. Elf Firmen in Belgrad und Novi Sad haben den Tarif noch nicht unterzeichnet und arbeiten mit Streikbrechern. Es stehen noch etwa 300 Mitglieder im Kampfe. Im übrigen Teile des Landes wird der neue Tarif respektiert.

Die Sekretariatskommission befaßte sich eingehend mit der Situation, wie sie durch die Auflösung des italienischen Verbandes durch die Regierung und durch die Ernennung des Kollegen Bruno zum Vizeminister des unter faschistischer Leitung weitergeführten Bucharbeiterverbandes geschaffen ist. Obwohl die Kommission mit den Protesten der verschiedenen Verbandsvorstände gegen diesen Gewaltakt der italienischen Regierung einverstanden ist, beschloß sie dennoch, eine weitere Klärung abzuwarten und die Verbandsvorstände auf dem Zirkularwege über alle unternommenen Schritte genau zu unterrichten. Zu gleicher Zeit soll die Meinung der Biererkommission eingeholt werden. Sobald weiteres, zur Publikation geeignetes Material vorliegt, sollen die Verbandsorgane davon unterrichtet werden.

Es wurden noch einige Fragen verwaltungsrechtlicher Natur erörtert und dem Interimskassierer für die Schlussrechnung pro 1925 Entlastung erteilt.

Gewerkschaftlicher Nachwuchs

Die Nummer 2 unseres Verbandsorgans brachte einen Reaktionsartikel, der tiefgründig unser gewerkschaftlichen Aufgaben erörtert und weiter zu den Vorstandswahlen, zu dem Verammlungsleben Stellung nimmt und dann unsere Mitglieder in verschiedene Kategorien zerlegt. Dieser Artikel ist von einem hohen Ideal getragen, und es wäre zu wünschen, daß er nicht nur von allen Kollegen aufmerksam gelesen, sondern auch Nutzenwendungen daraus gezogen würden, im Interesse ihrer selbst und damit des Verbandes überhaupt.

Was mir die Feder in die Hand drückt, ist der Ruf an die jüngere Kollegenschaft, sich mehr dem Organisationsleben zu widmen. Haben wir diese Melodie nicht im besonderen seit Kriegsende gehört? Immer dieselbe: Wir müssen vor allem gewerkschaftlichen Nachwuchs schaffen! In derselben Nummer weist auch Kollege S. S. (Frankfurt) darauf hin und sagt sehr treffend, daß im Betriebe der Reim zum tüchtigen Gewerkschafter gelegt werden muß. Was ist dabei Voraussetzung? Voraussetzung ist, daß diejenigen, die durch lange Jahre gewerkschaftlicher Tätigkeit mehr oder weniger eine gewerkschaftliche Erfahrung ihr eigen nennen, nun nicht, wie man es hier und da anzutreffen glaubt, nur sie wären die allein richtigen Gewerkschafter und hätten die Gewerkschaftstheorie mit der Muttermilch eingesogen. Bringt ein junger Kollege, der gewerkschaftliche Geheuerliche macht, auch einmal seine Meinung zum Ausdruck, so darf es nicht vorkommen, daß er von älteren Kollegen ausgelacht wird und ihm dann quittiert wird, daß er „zu jung“ sei. Die Kollegen vergessen dabei, daß

auch sie einmal angefangen haben, sich eine gewerkschaftliche Meinung zu bilden, wenn man überhaupt manchmal von einer solchen sprechen darf. Wo ist denn die Altersgrenze in unserm gewerkschaftlichen Leben gezogen, um nach der eben geschilderten veralteten Auffassung sich gewerkschaftlich betätigen zu können? Muß man erst die Jugend verlassen haben? Die Bierzig überschritten? Oder ist nicht erste Voraussetzung, daß man den Willen hat, einer gemeinsamen Sache zu dienen, sich für sie zu begeistern und an sie zu glauben. Der Glaube ist alles! Achtung vor dem Alter. Aber es ist alles andre als gewerkschaftliche Schulung, wenn man bei einer Meinungsverschiedenheit nun die Jugend eines Kollegen ins Feld führt, ohne selbst in allen Dingen Überzeugungstreue zu sein! Haben diese Kollegen nicht auch schon von jungen tüchtigen Menschen etwas gelesen? Führer und Funktionäre, die nicht angeborene Talente für derartige Posten besitzen, müssen doch auch erst die gewerkschaftliche Erziehungs- und Erfahrungsschule durchwandern. Es ist ohne Zweifel zu begrüßen, daß heute durch die Akademien in dieser Hinsicht fruchtbringend gewirkt wird. Ganz besonders in vorgezeichnetem Alter bedarf es eines großen Aufwandes von persönlichem Willen, sich nochmals durch Besuch von Kursen, Vorträgen usw. das Gesichtsfeld zu erweitern.

Sind junge Kollegen vorhanden, soll man sie nach ihren Fähigkeiten entsprechend bearbeiten. Ein Gegensatz zwischen jung und alt wird stets sein, ja er muß sogar bestehen. So oft hört man von älteren Kollegen, früher waren die Zeiten schöner. Es ging alles ruhiger und harmonischer. Das mag sein, daß dieses und jenes schöner war. Man vergißt aber, daß die Zeit keinen Stillstand kennt, daß stets alles in Bewegung ist. Je größer eine Organisation wird, desto unruhiger wird es scheinbar für diese alten Rümpfen. Unsere ganz anders gelagerten Zeitverhältnisse haben naturgemäß auch wieder andre Meinungen hervorgerufen.

Auch unsere Betriebsräte müssen manches Trommelfeuer heute über sich ergehen lassen, mandmal sehr unberechtigt. Kritik soll und muß geübt werden, sie darf niemals unterbunden werden, auch dann nicht, wenn es einmal diesem und jenem Funktionär nicht nach der Hulschnur geht. Verlangen müssen wir aber von allen Kollegen, daß unsere Betriebsräte in den Betrieben respektiert werden, denn nur dadurch können wir die Stellung unserer Betriebsräte gegenüber dem Unternehmertum bestreiten. Ein gegenseitiges Verstehen ist in unserm augenblicklichen Wirtschaftskrisis vonnöten, wenn uns das Unternehmertum nicht unter seine Fuchtel bekommen soll!

R. O. n. a. R. h.

R. G. g. e.

Korrespondenzen

München. Als einer der letzten größeren Druckorte Bayerns hat sich nunmehr auch hier eine Handpressevereingung gebildet. Aber Ziel und Zweck der Vereinigung sprach Kollege Kumpol (München). Die anwesenden, zumest älteren Kollegen ließen sich restlos aufnehmen. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Paul Bogelmann gewählt.

Berlin. (Generalsversammlung am 29. Dezember.) In der sehr gut besuchten Versammlung erstattete Kollege Albrecht den Bericht über die Lohnverhandlungen und die Gewerkschaftskonferenz. Trodem der „Korr.“ bereits ausgiebig hierüber berichtet hatte, fand der Redner durch seinen fließenden Vortrag und durch Einschaltung manch interessanter, die Wirtschaftslage kennzeichnender Momente ein sehr aufmerksames Ohr. Wenn auch festgestellt werden muß, daß das negative Ergebnis der Lohnverhandlungen eine große Unzufriedenheit zeitigte, so verstand es der Referent dennoch, durch seine scharf pointierte Einstellung und durch die von Berantwortungsgefühl getragenen Ausführungen bei den Kollegen Verständnis zu erwecken für die Haltung der Gewerkschaftskonferenz, die, wie bekannt, sich mit der Verlängerung des Lohnabkommens und des Manteltarifs schließlich abhand. Auf die Gewerkschaftskonferenz überleitend, besprach Redner die dortselbst behandelten Themen, die wiedergegeben sich erllirigt, da auch hierüber der „Korr.“ eingehend berichtet hat. In der an den Bericht sich anschließenden Diskussion wurde vom Kollegen Arndt als Vertreter der Kommunisten das negative Ergebnis der Lohnverhandlungen stark kritisiert, die nach Auffassung des Redners noch vorzuziehende gute Konjunktur hervorgerufen und in einer von ihm eingeleiteten Resolution gefordert, den Manteltarif zu kündigen und sofort neue Lohnverhandlungen herbeizuführen. Diesem Redner sekundierende Kollege Croft, der für die Annahme der Resolution eintrat und aus Zweckmäßigkeitsgründen die Kündigung des Manteltarifs verlangte, um eine Neugestaltung der die Drucker betreffenden Paragraphen herbeizuführen. Kollege Riesebach trat beiden Rednern entgegen, die sich mehr auf persönliche Empfindungen eingestellt hätten und dafür den Erfordernissen der Allgemeininteressen wenig Verständnis entgegenbrächten. Wenn auch der angenommene Schiedsspruch große Unzufriedenheit zeitigte, so waren bei der Gewerkschaftskonferenz dennoch höhere Gesichtspunkte maßgebend, die von den von Verammlungsgründen sich leiten lassenden Kollegen gewirtdigt werden müßten. Redner vollerte gegen die Resolution. Kollege Albrecht ging in seinem Schlusswort in sehr temperamentvoller Weise auf die Ausführungen der ersten Redner ein, darauf hinweisend, daß diese Kollegen neben einem großen Mangel an Verständnis für die Allgemeininteressen auch eine totale Verkennung der allgemeinen Wirtschaftslage bekundet haben. Die Verammlung selbst, obgleich unzufrieden mit dem Resultat der Lohnverhandlungen, beklundete jedoch durch Zuruf ihr Einverständnis mit den Grundauffassungen des Referenten. Die Abstim-

mung über die Resolution ergab deren Ablehnung gegen zwölf Stimmen. Ein Antrag der Kommunisten, neben dem „Vormärts“ auch die „Rote Fahne“ zum Inferieren der Versammlungen zu benutzen, wurde vom Leiter der Versammlung, Kollegen Braun, als dem geltenden Status widersprechend, zur Abstimmung nicht zugelassen. Die Witzwendung der „Rote Fahne“ wurde jenseitig von der Generalversammlung aufgehoben. Ein Blatt, das unsere Organisation stets unobjektiv behandelte und sogar beschimpft, mit dem wollen auch wir nichts zu tun haben. Dies sei in der betreffenden Generalversammlung zum Ausdruck gekommen. Ob die „Rote Fahne“ wieder als Publikationsorgan zugelassen werden soll, hänge von der Stellungnahme der Bezirksversammlungen mit ab. Dort könne diese Frage ventiliert werden.

Bremen. Zu der Generalversammlung unseres Bezirksvereins am 20. Dezember hatten sich die Kollegen zahlreich eingefunden. Unter „Bereinsmitteilungen“ gab der Vorsitzende die Enttaucherzeugnisse an Arbeitslose, Durchreisende, Invaliden und bedürftige Kranke anlässlich des Weihnachtsfestes bekannt. Nach einigen weiteren Mitteilungen erläuterte der Vorsitzende G o k e r t einen ausführlichen Jahresbericht. Zum Schluss führte er Frage über den Versammlungsbesuch, der sich zwar gehoben habe, aber doch noch den kollegialen Geist von früher vermissen lasse. Er ersuchte die Kollegen, den Vorständen und der Organisation mehr Gefolgschaft zu erweisen. Anschließend gab der Leiter der hiesigen Lehrlingsabteilung, Kollege L i d e r s, seinen Bericht über den Stand der hiesigen Lehrlingsabteilung. Redner richtete an die Versammlung den Wunsch, für die Zukunft mehr als bisher die Abteilung zu unterstützen, was nicht nur für den einzelnen, sondern auch für die Gesamtheit und die Organisation von Nutzen sein werde. Die gemachten Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall begrüßt. In der Diskussion führte Kollege W. S o f f m a n n aus, daß der Bericht der Lehrlingsabteilung der freudigste sei, der bis jetzt gegeben wurde. Noch immer befänden sich einige jugendliche Berufsangehörige in nationalistischen Verbänden. Hier müsse jeder Gehirne angreifen und Aufräumarbeit leisten, damit wir uns nicht die Schädelinge selbst erziehen, die uns dann später in den Rücken fallen. Hierauf berichtete Gauvorsitzer J i s e r p über die Lohnverhandlungen und die Gauvorsichterkonferenz. Wenn das Ergebnis der Verhandlungen nicht das zeitige, was die Gewerkschaft erwartete, so müßten wir uns doch mit dem Resultat befriedigen, zumal die Gauvorsichterkonferenz den gestellten Schiedspruch anerkannte und ein Kampf für Beserterlohnung mit Rücksicht auf die schlechte Lage im Gewerbe und die Wirtschaftskrise im allgemeinen von vornherein aussichtslos wäre. In der Diskussion wurde ausgeführt, daß die Mehrheit der Mitglieder mit Schuld an diesem Lohnabschluß sei und daß vor allem das Überstundenwesen beseitigt werden müsse. Die Vorstandswahl fand schnelle Erledigung, indem alle Ortslandesmitglieder, außer dem zweiten Schriftführer, per Akklamation wiedergewählt wurden. Nach Erledigung der Wahlen der Revisoren, der Wahlleitungs-Kommission und des Leiters der Lehrlingsabteilung sowie der Festlegung der Enthaltsabteilung des Vorstandes gab Gauvorsitzer N u h o r n einen Bericht über die am 1. April 1924 neu ins Leben gerufene Kranken- und Sterbezugskasse. Dieser Unterstützungszweig hat heute ein Vermögen von über 5000 M., und ein Antrag des Vorstandes ging dahin, das Sterbegeld um 50 Proz. zu erhöhen, und zwar im Höchstmaß von 200 M. auf 300 M., dem die Versammlung ohne Debatte zustimmte. Kollege B o l e wünschte, daß der Anzeigenpreis im „Korr.“ vom Verbandsvorstand erhöht werde, weil dieser gegenüber andern Organen und Zeitchriften zu niedrig sei. Eine weitere Ausdrucksfrage ergab die demnächst stattfindende Wahl der Vertreter für den Ausschuß der Ortskrankenkasse. Um wieder eine bessere Vertretung zu erwirken, wurden zehn Kollegen in Vorschlag gebracht.

Darmstadt. Unsere Bezirksversammlung am 13. Dezember war erfreulicherweise gut besucht. Eingang der Versammlung wurden die letzten verstorbenen Kollegen Weinheimer und Dingeldey gebührend geehrt. Vorsitzender Bahler hob in seinen Gedächtnisworten hervor, daß Kollege Weinheimer sich um den Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, Gruppe Darmstadt, verdient gemacht habe, während Kollege Dingeldey in seiner 50jährigen Verbandsmitgliedschaft das Waschen, Blühen und Gedeihen unserer stolzen Organisation erleben durfte. Die Tagesordnung umfaßte sieben Punkte. Zunächst wurden sechs Neu- bzw. Wiederaufnahmen vollzogen. Bei der Genehmigung der Abrechnung über das dritte Quartal wurde dem Bezirksvorsitzenden Schardt für seine musterghültige Geschäftsführung gedankt. Arbeitslosen, Kranken und innovaliden Kollegen wurden auf einstimmigen Beschluß entsprechende Weihnachtsunterstützungen bewilligt, auch den Durchreisenden. Der Arbeiterwohlfahrtsausschuß erhielt 50 M. als Beihilfe zur Weihnachtsbescherung für bedürftige Arbeiterfamilien. Zum Tagesordnungspunkt „Die Arbeitslosenfrage“ äußerte sich der Vorsitzende in längerem trefflichen Ausführungen, deren Extrakt war, daß die Erwerbslosenfrage nicht nur eine Angelegenheit der Gewerkschaften, sondern der breiten Öffentlichkeit sei, die sich sehr eindringlich mit dieser Frage zu beschäftigen habe. In der Diskussion hierzu beteiligte sich u. a. auch unser früherer langjähriger und immer wieder gern gesehener Vorsitzender Kollege K o b l a u s. Alle Diskussionenredner verpflichteten im allgemeinen den Worten der Kollegen Bahler und Knoblauch bei. Unter „Verschiedenem“ hat der Leiter der Darmstädter Jungbuchdrucker, Kollege S a u f, um genaue Beachtung der Kostgeldfrage der Lehrlinge, die von einigen Druckereien nicht eingekauft würden. Dies sei hauptsächlich Sache der Vertrauensleute.

Dillingen. Unser Ortsverein hielt am 22. Dezember seine für 1925 letzte Versammlung ab. Vorsitzender B i r n m a n n begrüßte einen neugewählten Kollegen und überreichte einem jungverheirateten Kollegen im Auftrage des Ortsvereins ein hübsches Hochzeitsgeschenk. Sodann ging er zur Tagesordnung über, in der über die Tarifverhandlungen und über das kommende „Korr.“ Obligatorium gesprochen wurde. Ferner erstattete der Vor-

sitzende einen Bericht vom Verwaltungsausschuß des städtischen Arbeitsamtes und von der Gewerkschaftskonferenz in Regensburg. Der letzte Punkt „Anträge und Verschiedenes“ brachte einen Antrag auf Austritt aus dem hiesigen Gewerkschaftsverband. Er wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. — Zur Generalversammlung am 5. Januar hatten sich die Kollegen sehr zahlreich eingefunden. Im Tätigkeitsbericht streifte der Vorsitzende das abgelaufene Geschäftsjahr und dankte den Kollegen für die tatkräftige Mitarbeit, besonders an der Neuorganisation der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen sowie bei der glänzenden Durchführung des Bezirksjubiläumfestes am Ort, ferner an der sehr regen Teilnahme am Wettbewerb für Vereinsdruckachen. Der Kassierbericht wurde in Ordnung befunden und dem Kassierer dankende Anerkennung gezollt. Bei der Neuwahl der Vorstandsführung wurden u. a. gewählt die Kollegen G. B i r n m a n n als Vorsitzender und M. S c h a r l als Kassierer. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden lokale Angelegenheiten behandelt. Eine gemüßliche Unterhaltung schloß sich der Versammlung an.

Halle a. d. S. Für Sonnabend, den 9. (Abendführung), und Sonntag, den 10. Januar, hatte der Gauvorsitzende die Bezirksleiter unseres Gauces zu einer Konferenz nach Halle einberufen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung „Bericht über die letzten Lohnverhandlungen und die Gauvorsichterkonferenz“, gab Kollege K ö n i g einen längeren Rückblick über beide Tagungen. Besonders beachtliche Momente fanden gebührende Unterstreichungen. In Würdigung der Zeitverhältnisse stellte sich die Konferenz einstimmig auf den Boden der von der Gauvorsichterkonferenz beschlossenen Stellungnahme bezüglich des Lohnabkommens und der Verlängerung des Manteltarifs. Großem Interesse begegnete die Mitteilung von der in Kürze ersolgenden Herausgabe der „Gesammelten Entschädigungen“ des Reichsschiedsamts. Es wird erwartet, daß diese mindestens den Vorstehenden der größeren Ortsvereine durch den Verbandsvorstand zugestellt werden. Die Verbreitung der Kenntnisse tariflicher Rechts liegt heute sehr im argen, und hier bietet sich die Möglichkeit, einem längst empfindenen Mangel praktisch abzuhelfen. Komme der Verbandsvorstand der kostenloser Beschaffung für die erwählten Kreise nicht nach, dann soll der Gauvorsitzende dies tun. Punkte 3: „Die Generalversammlung des Verbandes“, und 4: „Einteilung des Gauces in Wahlkreise“, wurden zusammen behandelt. Nachdem über die Formalien, Termine zur Antragstellung, Wahlen, Anzahl der Delegierten usw. die nötige Aufklärung gegeben war, erörterte der Vorsitzende die Gründe, die den Gauvorsitzenden veranlaßten, den Antrag auf Einteilung des Gauces in Wahlkreise der heutigen Konferenz zur Beschlußfassung vorzulegen. Der Hamburger Verbandsrat hat den Provinzialgauen das Recht der Wahlkreiseinteilung zugestanden, und der Gau An der Saale ist durch die Vorkommnisse bei den letzten drei Verbandstagen leider in die Notwendigkeit versetzt, von diesem Recht Gebrauch zu machen, um für die Zukunft solchen unliebsamen Vorkommnissen zu begegnen. Die größten Druckorte im Gau, Halle mit 700 und Magdeburg mit annähernd 1000 Mitgliedern waren auf den letzten zwei bzw. drei Verbandstagen unvertreten. Diese Tatsache rief aus leibsterer immer großes Erstaunen hervor. In der sich anschließenden, sehr lebhaften Diskussion wurde von den Gegnern der beabsichtigten Wahlkreiseinteilung mit Nachdruck namentlich auf die Forderung des Ortsvereins Magdeburg hingewiesen, der bezüglich der gestellten Kandidaten immer sehr „großzügig“ vorging und dadurch an dem erzielten Resultat mit Schuldig wurde. Letzten Endes wurde der Antrag des Gauvorsitzenden mit 13 gegen 4 Stimmen angenommen und der Gau in vier Wahlkreise eingeteilt. 1. Wahlkreis: Bezirk Halle, Nordhausen und Zeitz; 2. Magdeburg und Stendal; 3. Dessau und Wittenberg; 4. Halberstadt, Albersleben und Quebinburg. Die beiden ersten Wahlkreise wählen je zwei Delegierte und die beiden letzten je einen Delegierten. Da der Gau sechs Delegierte diesmal zu wählen hat (ohne den Gauvorsitzer) wurde vorstehende Einteilung als die gerechteste anerkannt, da sie mit den Mitgliedszahlen der vier Wahlkreise im besten Zusammenhange steht. Zu Punkt 5 der Tagesordnung: „Der kommende Gauetag und die Bezirksversammlungen“, wurde zunächst beschloffen, den Gauetag an den beiden Pfingstfeiertagen (gemäß dem Beschluß des letzten Gauetages) in Wernigerode abzuhalten. Der vorliegende Antrag, den Gauetagsbeschuß zur Aufhebung zu bringen und den Gauetag in Halle abzuhalten, wurde abgelehnt. Da Pfingsten auch der Gründungstag unseres Verbandes ist, soll am Abend des ersten Feiertages des 60jährigen Jubiläums durch Veranstaltung eines Festabends in Wernigerode gedacht werden. Die Konferenz sprach die Erwartung aus, daß die Ortsvereine des Gauces durch örtliche Feiern des Verbandsjubiläums gedenken. Anträge zum Gauetag (siehe S. 15 des Gaustatuts) müssen bis zum 3. April im Besitz des Gauvorsitzenden sein. Um den festgelegten Terminen bezüglich der Antragstellungen zum Gauetag und zur Generalversammlung des Verbandes, Aufstellung der Kandidaten zu beiden Tagungen usw. gerecht werden zu können, beschloß die Konferenz einstimmig, die kommenden Frühjahrsvorparlamenten wieder als gemeinschaftliche Bezirksversammlungen, und zwar im Monat März, stattfinden zu lassen. Als Tagungsorte dieser vier großen Versammlungen wurden festgelegt Halle, Magdeburg, Wittenberg und Halberstadt. Die Zugehörigkeit der einzelnen Bezirke zu diesen Orten ergibt sich aus der Zusammenlegung oben wie bei den Wahlkreisen. Jede dieser Versammlungen stellt ihre Kandidaten zur Generalversammlung gemeinsam, zum Gauetag aber bezirksweise auf. Die Bezirksleiter nehmen ohne Wahl am Gauetag teil. Zu Punkt 6: „Lehrlingsabteilung und Lehrlingsabteilungen“ erstattete der Vorsitzende ein einstündiges Referat über die Behandlung dieser Frage durch die Gauvorsichterkonferenz. Alles zur Sache Wissenswerte wurde erörtert und über neue Wege zur restlosen Gewinnung des gewerblichen Nachwuchses für unsere Abteilungen beraten. Auch die im ganzen Reich bemerkbare starke Propaganda der Prinzipale zur restlosen Befehung aller tariflich unfähigen Lehrlingen stellen nach Erwähnung. Daraus erwächst für uns im Selbsthaltungsinteresse die Pflicht, mit allen Mitteln jede untarifliche Lehrlingseinstellung zu

bekämpfen. Die veränderte Lehrlingsliste für Seher, der gute Geschäftsgang 1925, bringen bestimmt eine starke Lehrlingseinstellung am kommenden Einstellungstermin, an dem vielleicht noch eine schlechtere Geschäftslage zu verzeichnen ist, als sie gegenwärtig ist. Deshalb ist die schärfste Aufmerksamkeit am Platze und jede Übertretung muß sofort und nicht erst nach verstrichenem Probezeit verfolgt werden. Den letzten Tagesordnungspunkt bildete die Erörterung von Gauangelegenheiten teils organisatorischer, teils tariflicher Natur. Sie alle hier aufzuführen, ist nicht angängig. Zwei volle Stunden nahm er in Anspruch. Von allen Teilnehmern wurde es wohlwollend empfunden, daß die Konferenz nicht wie bisher üblich unter großer Zeitbedrängnis stand, und durch die neuerliche Arrangierung des Gauvorsitzenden die Möglichkeit gegeben war, über alle bewegten Angelegenheiten die notwendige Klärung zu geben. In einem Schlußwort sagte der Vorsitzende die behandelten Punkte kurz zusammen, unterstrich noch einmal die gefassten Beschlüsse, betonte die notwendigen Anwendungen und schloß die in allen Teilen anregend verlaufene Konferenz am 5 Uhr.

Halle a. d. S. (Korrekturen.) Nach langjährigem Dornröschenschlaf wurde der Korrektorenverein für den Bezirk Halle am 13. Dezember, einer dringenden Notwendigkeit folgend, zu neuem Leben erweckt. Obwohl auch nicht alle Kollegen der Einladung gefolgt waren, ist doch zu hoffen, daß auch die noch fernstehenden Verbandskollegen die Bestrebungen der Sparte durch ihren baldigen Beitritt und rege Mitarbeit unterstützen und die regelmäßig alle 14 Tage, Donnerstags, stattfindenden Zusammenkünfte fleißig besuchen, um im engeren Rahmen der Sparte die Fortbildung, Pflege der Geselligkeit, und vor allen Dingen die Interessen unseres Verbandes usw. tatkräftig zu fördern. Kollege A r t u r G r a u s (Berlin) ließ es sich nicht nehmen, in einem längeren interessanten Vortrag Zweck und Ziele der Korrektorensparte zu erläutern. Zum Vorsitzenden wurde Kollege S p i t t e r e r, der sich um die Aufrechterhaltung der hiesigen Sparte sehr verdient gemacht hat, und zum Kassierer Kollege L i s t e gewählt. Jeder Korrektorenkollege sollte es sich zur Ehrenpflicht machen, unsere Bestrebungen tatkräftig zu unterstützen.

Heilbronn. Zwei ausgezeichnete Vorträge wurden im letzten Quartal in unserer Mitgliedschaft gehalten. Der Vortrag des Herrn Betriebsratssekretärs G i s e r t (Stuttgart) über „Die Praxis des Betriebsratsgesetzes“ brachte sehr viel der Wissensnotwendigen. Darauf leuchtete, daß das höchste Gut des Arbeiters seine Arbeitskraft und das Betriebsratsgesetz als „Arbeiterleidtrag“ anzusehen ist, verschaffe uns der Redner einen tiefen Einblick in das Wesen des Gesetzes. Vor allem gaben die vielen, für die Arbeiterschaft ungünstigen Gerichtsentscheidungen, die durch Bekämpfung der Schlichte oder durch Leistun für die Arbeiterschaft nachteilig ausfallen mußten, harte Veranlassung zu erstem Nachdenken. Ein anderer Vortrag des Herrn Regierungsrats A. D. M a t t u t a t (Stuttgart) über den Entwurf zur Erwerbslosenversicherung, brachte unser Mitgliedschaft gründliche Betrachtung der Vor- und Nachteile des in Bearbeitung befindlichen Entwurfs. Als Fortschritt wurde empfunden, daß der Almosencharakter beseitigt und ein Recht auf Unterstützung bestehen wird. Zu den vielen kniffligen Paragrafen ist zu sagen, daß es für die beruflichen Mitarbeiter an dem Gesetzentwurf noch vollster Hingabe bedarf, Hürden und Hindernisse vor „Torenschluß“ zu beseitigen. Den Entscheid des Reichsschiedsamts, Abschaffung einer Lohnzulage“ nahm die Mitgliedschaft, mit Bedauern zur Kenntnis. Unsere Vertreter müssen auf unbedingte Lohnverhöhung dringen.

Str. AöM a. Nö. Unser Jahreshauptversammlung fand am 3. Januar im großen Saale des „Volkshauses“ statt. Sie hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Die reichhaltige Tagesordnung brachte nicht weniger als acht Punkte, wobei besonders der dritte Punkt „Ehrend der Subilare“, den weitaus größten Anteil hatte. Vorsitzender J a n s e n eröffnete mit Begrüßungs- und Begrüßungsworten zum neuen Jahre die Versammlung. Nachdem der geschäftliche Teil seine Erledigung gefunden, das Andenken eines verstorbenen Kollegen in üblicher Weise geehrt, konnte zur Ehrend der 18 Subilare, die 25 Jahre dem Verbands die Treue bewahrt, geschritten werden. Es sind dies die Kollegen Hermann Bandshin, Reinhold Brouwers, Theodor Buraun, Bernhard Franke, Ernst Gehring, Joseph von Rannen, Wilhelm Kenhart, Jakob Käßdorf, Peter Mojs, Robert Ranzenberg, Andreas Käß, Nikolaus Käß, Armando Szargi, Leopold Schönwäßer, Peter Schapp, Alwin Starck, August Strohwitzki und Heinrich Wittberg. Der Vorsitzende dankte den Subilaren für ihre dem Verbands geleisteten Dienste und sprach dabei die Hoffnung aus, sie noch recht lange Jahre in unseren Reihen zu sehen; den jüngeren Kollegen dabei ans Herz legend, in die Fußstapfen der Alten zu treten und ebensolche Verbandskämpfer zu werden. Verhört wurde die Feiert durch Vorträge des Selangvereins „Gutenberg“, der Konzeftängerin Fräulein H e l l a K e i t n (einer Tochter unseres alten Kämpfers Heinrich Klein) und des Kollegen F e r d i n a n d K r ä m e r. Zum Schluß wurde den Subilaren ein eingehendes Diplom überreicht. Von allen Sparten wurden Begrüßungen ausgesprochen, wofür im Namen aller Subilare Kollege M o i s in längerem Ausführungen dankte. Die folgenden Punkte der Tagesordnung fanden alsdann eine schnelle Abwicklung. Der Jahresbericht lag gedruckt vor und es folgte danach noch die Auffstellung der Revisoren zum Bezirksvorstand (der Vorsitzende wurde durch Zuruf einstimmig wiedergewählt), die Wahl eines Rechnungsprüfers und die Wahl einer neungliedrigen Kommission (in Gemeinschaft mit dem Bezirksvorstand) zum 60jährigen Verbandsjubiläum. Unter „Verschiedenem“ wurden noch einige Interna verhandelt.

Krefeld. Unsere Hauptversammlung am 19. Dezember hatte einen verhältnismäßig guten Besuch aufzuweisen. Die Versammlung vollzog zunächst drei Neuaufnahmen. Ferner trat ein Kollege aus der Lehrlingsabteilung über. Auf das beschleunigte Eingehen der noch ausstehenden Statistiken wurde vom Vorsitzenden nachdrück-

nicht verweisen. Mit Rücksicht auf die steigende Arbeitslosigkeit wird den Durchreisenden das Umhauen am Orte untersagt. Es sollen den betreffenden Kollegen dafür 3 M. aus der Ortskasse gezahlt werden. Aus dem vom Kollegen T i s s e n gegebenen Kartellbericht war ein erfreulicher langsamer Wiederaufstieg des Ortsausflusses des OWSB. zu entnehmen. Der Jahresbericht des Vorsitzenden M e u t e r brachte ein klares Bild des gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens innerhalb unseres Ortsvereins. In der Kollegenchaft ist eine bedeutende Wandlung zu einem gesunden Organisationsleben sehr gut festzustellen und damit wohl das letzte Übel der Nachkriegsjahre im Schwunden begriffen. Hoffentlich verursacht die zurzeit herrschende wirtschaftliche Krise keinen allzu starken Rückschlag. Lebhaftige Anerkennung fand die Entwicklung unserer Ortskasse, die der beste Gradmesser für den Aufstieg unseres Ortsvereins ist. Der ausführliche Bericht fand bei der Versammlung dankbare Aufnahme. Bei den im Anschluß daran getätigten Wahlen wurde der gesamte Vorstand mit allen Stimmen wiedergewählt. Ebenfalls verblieben die bisherigen Delegierten im Ortsausfluß des OWSB. im Amt. An Stelle eines ausdientenden Kassenschrifters trat ein anderer Kollege. Der Vorstandstag für 1926, der an Einnahmen 3500 M. und an Ausgaben 2123,60 M. vorstelt, wurde von der Versammlung gebilligt. Ebenfalls wurde der vorgelegene Ortsbeitrag für das nächste Geschäftsjahr gegen wenige Stimmen genehmigt. Unter „Tariflichem“ fand der Bericht über die gesteigerten Lohnverhandlungen und den gefällten Schiedsspruch eine entsprechende Aufnahme. Nur die Zeitverhältnisse herücksichtigend, glaubt sich die Kollegenchaft im Augenblick damit abfinden zu müssen. Zum Schluß forderte der Kassierer und Arbeitsnachweisverwalter die Mitglieder auf, endlich einmal wieder den alten und jedem wohlbekannten Pflichten nachzukommen und bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit unverzüglich dem Vorstand Mitteilung zu machen, da sonst bei der schlechten Arbeitsmarktlage überhaupt keine Aussicht mehr bestehe. Daß der Vorstand diese unbedingt haben müsse aus den verschiedensten Gründen, sei doch wohl allen verständlich.

Kitteln. Unsere Generalversammlung am 15. Dezember erfreute sich eines verhältnismäßig guten Besuchs. Vorsitzender B r ü h m a n n erstattete den Jahresbericht. Der Versammlungsbesuch war nicht immer der beste; Schuld daran ist zum Teil, daß ein Drittel der Kollegen außerhalb des Druckortes seinen Wohnsitz hat. Die tariflichen Verhältnisse am Orte sind als gut zu bezeichnen. Auch die im letzten Jahre gegründete Lehrlingsabteilung entwickelt sich in zufriedenstellender Weise. Der Mitgliederstand ist mit 24 Kollegen der gleiche wie am Jahresanfang. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

Leipzig. (Versammlung am 22. Dezember.) Aus dem Vereinsbericht des Kollegen H e s s e l b a r t h war besonders die jetzt wieder verstärkte einseitige Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit hervorzuheben, wodurch mit zwingender Notwendigkeit die Frage der Überstundenbeschränkung und der in mehreren Betrieben noch bestehenden neunhündigen Arbeitszeit aufgerollt wurde. Die Aussprache befaßte sich denn auch in ausgiebigem Maße mit diesen Fragen und fand ihren Niederschlag in drei Entschlüssen: Die erste verlangte, daß die Kollegen, die trotz wiederholter Verwarnung durch den Gewerkschaftsvorstand sich Überstundenüberreitungen zuschulden kommen lassen, vor den Ausschluß gestellt werden; die zweite beschloß sich mit der Entschädigung der abgedankten Fiktiven, welche Summen besser zur Unterstützung der Erwerbslosen verwendet werden sollten. Sie forderte Einteilung von Schritten zur Durchführung eines Volksschieds durch die maßgebenden Stellen; die dritte Entschluß verlangte Erhöhung der Unterstützungssätze um 100 Proz., Aufhebung aller gesetzlichen Beschränkungen in der Gewährung der Erwerbslosenunterstützung; Kurzarbeiterunterstützung, Aufhebung der Pflichtarbeit, restlose Einführung der achtstündigen Arbeitszeit, Kontrolle bei Betriebsstilllegungen durch Betriebsräte und Gewerkschaften, Fortführung stillgelegter Betriebe durch Staat und Gemeinden, Zusammenfassung aller Erwerbslosen, auch der unorganisierten, durch die Gewerkschaften, enge Zusammenarbeit der SPD. mit der KPD. für diese Forderungen in und außer den Parlamenten. Alle drei Entschlüsse fanden Annahme. Erst in vorgedruckter Stunde konnte Kollege H e s s e l b a r t h über die Lohnverhandlungen und die Gewerkschaften berichten. Die kurze Aussprache zeitigte eine Entschluß, die sofortige neue Verhandlungen wünscht und bei Nichterfolg Eintreten in den Kampf. Diese Entschluß verfiel der Ablehnung.

Mannheim. Bei der Trauerfeier für den verstorbenen Kollegen H e n r i c h H u b e r, der 26 Jahre lang Kassierer des Gaues Mittelrhein war, bewies die zahlreiche Beteiligung von nah und fern, welche großer Liebe und Wertschätzung sich der Verstorbene erfreute. Die Feier war umrahmt von zwei Chören der Mannheimer „Typographia“, die nach einem Harmoniumspiel in erregter Weise den Chor „Aber den Sternen“ sang, worauf Gauvorsitzer C o n r a d i im Namen des Gaues dem Verstorbenen einen tiefempfundnen Nachruf widmete, unter Nebenbegleitung eines großen Lorbeerkranzes. Für den Verbandsvorstand sprach Gaukassierer K r a f t, für Württemberg Kollege S c h e i n e r, für Frankfurt-Hessen Kollege K e p p e r s. Ferner ließen Kränze niederlegen die Gaue Berlin, Dresden, Hannover, Westfalen-Lippe, Ostpreußen, Rheinland-Westfalen; die andern Gaue hatten Beileidstelegramme und -schreiben gelangt. Für den Bezirk Mannheim, dessen Mitglieder, Vorsitzender und Kassierer der Verstorbene war, sprach Kollege U h r i g (Mannheim); die andern Bezirke des Gaues waren durch Deputierten vertreten und legten ebenfalls Kränze nieder: Mannheimer „Typographia“, Mittelrheinische Maschinenververeinigung, Darmstadt, Heidelberg, Kaiserslautern, Landau, Ludwigshafen, Mainz, Neustadt, Speyer, Trier und Wiesbaden. Nach dem Chor der „Typographia“: „Ach wie herbe ist das Scheiden“, hatte die nächste aber erhebende Trauerfeier ihren Abschluß gefunden. Wägen unter Huber nach seinem ebenjoh trennen als auch erfolgreichen Wirken in Betrieben zuehn!

3. Bücherei i. Thür. Eine große Buchdruckerfamilie mit ihren Angehörigen und werden Gästen war hier am 2. Dezember unter dem strahlenden Weihnachtsbaum versammelt. Weihnachts, Sonnenwende wurde gefeiert. Im Mittelpunkt der Feier stand die Erstaufführung des vom Kollegen Broder Bahjnen verfaßten Spiels: „Gutenbergs Sendung“. Die Handlung führt uns in die Zeit der Erfindung der Buchdruckerkunst. Das erste Bild führt in ein Kloster. Dahin bringt die Kunde von der Erfindung Gutenbergs. Aber den Wert dieser Kunst herrscht unter den Mönchen geteilte Meinung. Ein wissenschaftlich, nach Freiheit strebender Klosterhelfer verläßt, kurz entschlossen, seine bisherigen Lehren. Er muß die neue Erfindung kennen lernen und zieht nach Mainz. Im zweiten Bild sehen wir Gutenbergs Werkstatt. Die Gehilfen nehmen den Klosterhelfer auf, arbeiten und sprechen über die Treusorgigkeit von Kunst und Schöpfer. Das dritte Bild endlich läßt uns die Liebe der Jünger Gutenbergs zur erlernten Kunst schauen. Trotz Ausweisung aus Mainz durch den Erzbischof von Mainz halten sie treu zu ihrem Meister und schwören, für die Licht und Wahrheit vorbereitende Kunst zu wirken. Das übergeordnete Spiel der Mitwirkenden — sämtlich Berufsangehörige — half der Aufführung zum vollen Erfolg. Der Beifall steigerte sich, als dem jungen Verfasser anstatt des üblichen Lorbeerkranzes eine Gutenbergstatue als Dank für sein selbstloses Schaffen überreicht wurde. Die Ehrung des Kollegen M a t t h i a s T r o j a n für über 25jährige Verbandszugehörigkeit, Ansprachen, Gesangsvorträge unseres Gesangsvereins „Gutenbergs“, ein von zwei Lehrlingen flott gespielt, ebenfalls vom Kollegen Bahjnen verfaßter Einakter und die Besichtigung der Jungbuchdrucker umrahmten die Feier, die als gelungen bezeichnet werden kann.

Wittlingen (Saar.). Aus dem Bedürfnis eines engeren Zusammenhanges der hiesigen Kollegen entstand am 11. Dezember der Ortsverein Wittlingen des Verbandes. Schon lange war dieser Entschluß im Reife. Wechsel in der Arbeitslage usw. ließen ihn aber bisher nicht zur Ausführung kommen. Elf Mitglieder sind vorhanden. Hoffentlich können wir bald von positiver Arbeit berichten.

Wittlingen (Baden). Unsere Generalversammlung am 9. Januar war vollständig besetzt. Sie wies eine reichhaltige Tagesordnung auf. Nach dem Jahresbericht herrschte ein reges Vereinsleben und in tariflicher Hinsicht mußte hier mancher Kampf ausgefochten werden. Für den zu Ostern hier stattfindenden Gaugang wurden die nötigen Vorbereitungen getroffen. Am 60jährigen Verbandsjubiläum in Jahr Mitte Juli d. J. beteiligt sich auch der hiesige Ortsverein. Die Neuwahlen zeitigten keine Veränderungen; Kollege S e p p e r wurde als Vorsitzender und Kollege H a a s als Kassierer wiedergewählt. Mitgliederbestand zurzeit 24. Wägen auch in diesem Jahre alle hiesigen Kollegen sich ihrer Pflichten bewußt sein.

Würzburg. In der Versammlung am 12. Dezember referierte Kollege K a t h über „Die Hygiene in Buchdruckerien“. Da seine Ausführungen von allgemeinem Interesse sind, seien sie hier auszugsweise wiedergegeben. Mit dem gewöhnlichen Arbeiterschutz befaßt sich die Arbeiterschutz im allgemeinen erst dann, wenn Unfälle eingetreten, oder Berufsanstrengungen vorkommen. Die Arbeiterschutzgesetzgebung ist eine vorbeugende Maßnahme. In den Betrieben, wo z. B. die Unfallverhütungsvorschriften richtig durchgeführt sind — und richtig erkannt und eingehalten werden —, kommen weit weniger Unfälle vor als in den andern, wo man es mit der Einhaltung nicht so genau nimmt. Bahnbrechend auf diesem Gebiete wirkt die Deutsche Gewerkschaft für Gewerkschaften. Diese hat sich die Aufgabe gestellt, die nachteiligen Wirkungen der gewerblichen Arbeit auf die Gesundheit der Arbeiter zu erforschen, und hieraus die Grundlagen für Beseitigung solcher Schädigungen zu gewinnen. Auf den Ergebnissen dieser Forschungen beruht der gesetzliche Arbeiterschutz. Dieser erstreckt sich in seinen direkten Wirkungen auf die Person des Arbeiters, indirekt auf die Umgebung. Unter den persönlichen Schutz des Arbeiters fallen folgende Vorschriften: Übermäßige Anstrengung und Ausbeutung zu verhindern, Schutz der Kinder, Jugendlichen, Arbeiterinnen und Arbeiter durch Beschränkung der Arbeitszeit, Sicherung der Nacht- und Sonntagsschlaf. Erweitert wird dieser Schutz durch die Vorschriften über die Beschaffenheit des Arbeitsortes, von dem gefordert wird, daß er gesundheitsfördernd einwandfrei sein soll. Hierzu gehört, daß der Arbeiter nach Möglichkeit der Wirkung gesundheitsgefährdlicher Witterungs- und Temperatureinflüsse, Dämpfen, Gasen und Staub entzogen sowie vor Gefahren geschützt wird, die in den modernen Betrieben aus der Anwesenheit von Menschen, wie aus der Anwendung von Maschinen, gesundheitsgefährlichen Arbeitsstoffen, gewerblichen Giften usw. entstehen. Dieser wichtigen Gewerkschaften sollten die Gewerkschaften ganz besonderes Interesse entgegenbringen. Niemand die Erhaltung der Arbeitskraft des Arbeiters eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung und Besserung seiner Lebenshaltung. Selbstverständlich gehört hierzu auch die Zahlung eines ausreichenden Lohnes. Die bestehenden Gesundheitschutzgesetze Bestimmungen müßten wir überall strikte durchzuführen und mitteilen, sie weiter auszubauen. In der Überwachung des Gesundheitszustandes und Behebung von Unfallgefahren liegt ein dankbares Feld für die Betriebsvertretungen. Verpflichtet doch der Absatz 8 des § 66 und Absatz 6 des § 78 diese zur Durchführung und Überwachung der Bestimmungen. Dem allgemeinen Mangel an Kenntnissen der Schutzbestimmungen und den damit zusammenhängenden Fragen müßten durch aufklärende Vorträge usw. entgegen gewirkt werden. Es dürfte nicht so weiter gehen, daß Mängel in den Betrieben zum Gewohnheitszustand werden. Die Kriegs- und Inflationszeit habe in sanitärer und hygienischer Beziehung vielfach Zustände geschaffen, deren Beseitigung dringend notwendig sei. Der Referent legte der Versammlung eine Reihe von Fragen vor, die an die Vertrauensleute hinausgegeben und von der Vorstandschaft entsprechend verwendet werden. Die Aussprache über dieses Referat bestätigte, daß die Vorschriften zwar überall ausgehängt, daß aber die Durchführung noch vieles zu wünschen übrig läßt.

Allgemeine Rundschau

Materialsammlung über die Rechtsprechung aus dem Tarifvertrag. Da nach dem Deutschen Buchdruckerarif die Schiedsämter bzw. das Reichsschiedsamt nur Gesamtschiedsgerichte zu entscheiden haben, für Einzelstreitigkeiten dagegen die Gewerbegerichte zuständig sind, mangelt es gegenwärtig an einer vollkommenen Übersicht über die Rechtsprechung aus dem Tarifvertrag. Es wird deshalb er sucht, künftighin alle Gewerbegerichtsentscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung entweder im Original oder in Abschrift, mit Aktenzeichen versehen, dem B e r b a n d s o r t l a n d einzuliefern. Unfre Funktionäre werden gebeten, auch ihrerseits ständig um die Übermittlung solcher Urteile bemüht zu sein.

„Für die Betriebsrätepraxis.“ Unter diesem Titel erscheint mit dieser Nummer erstmalig eine s e l b s t ä n d i g e B e i l a g e zum „Korr.“, in der alle wichtigen Fragen aus der Betriebsrätepraxis sachgemäß und allgemeinverständlich behandelt werden. Durch diese Neueinrichtung wird jedem Interessenten noch besser als bisher die Möglichkeit zur Angliederung einer wichtigen Materialsammlung für den täglichen Gebrauch gegeben.

Die Lage im Leipziger Buchgewerbe. In einem Bericht der „Neuen Leipziger Zeitung“ über die Geschäftslage im dortigen Buchgewerbe wird u. a. darauf hingewiesen, daß sich neuerdings die Anzeichen mehren, die auf eine erneute Hebung des Geschäftsganges in den Leipziger Buchdruckerien schließen lassen. Leubner, Breitkopf & Härtel, Brockhaus, die drei namhaftesten Druckereien, die fast ausschließlich für den eignen Verlag arbeiten, sind normal beschäftigt. Die großen Lohndruckereien, wie Spamer und Brandstätter, die noch im Vorjahr ihre Betriebe häufig ganz anscheinlich erweiterten, melden wieder verstärkten Auftragszufluss und dementsprechend eine lebhaftere Beschäftigung der einzelnen Abteilungen. Im allgemeinen wird sich im Leipziger Buchgewerbe die bevorstehende Frühjahrsmesse, wenn auch nicht wie früher außerordentlich günstig, so doch geschäftsfördernd bemerkbar machen. Das gleiche gilt von den nahenden Oster- und Kantatelerminen. Gut hat sich in den letzten Wochen das Geschäft in den Druckereien entwickelt, die sich mit der Herstellung von Schulbüchern beschäftigen. Der Druck- und Verlag der pädagogischen Literatur ist ja überhaupt eine der Spezialitäten des Leipziger Buchgewebes.

Ursachen der Wertpapierfälschung und ihre Verhütung. Die zahlreichen Banknoten- und Wertpapierfälschungen, die gegenwärtig Folgezeit und Gerichte in fast allen europäischen Staaten beschäftigen, mögen wohl den Fernerreichenden überflüssig, nicht aber den Sachmann. Für diese sind sie nichts anderes als die längst vorausgesehenen Folgen der Sünden, die die Banknoten- und Wertpapierinstitute im Laufe der letzten Jahre zu begehen gezwungen waren. Die Eile in der Herstellung stets neuer größerer Mengen von Zahlungsmitteln, Wertzeihen, Aktien und dergleichen verdrängte nicht nur die altbewährten, aber zeitraubenden Stich- und Druckverfahren, sondern erweiterte auch den ehemals kleinen verantwortlichen Kreis der Druckereien. In Deutschland allein arbeitete während der Inflation ein erheblicher Teil der Papierfabriken Tag und Nacht ohne Unterlass an der Herstellung des rohen Papiers, das in ungezählten Pressen zu Geld verwandelt wurde. Das Entsetzen eines Wertpapieres, ehemals nur wenigen Menschen vertraut, hörte auf, ein Geheimnis zu sein, Zehntausende von Menschen fanden ihren Lebensunterhalt in diesem ihnen neuen Gewerbe, und gar mancher davon mag an dem Berufe mehr Gefallen gefunden haben als ihm und andern zuträglich war. Die Not der Zeit wird das ibrige dazu beigetragen haben, daß heute die Geldfälscher zu einer Landplage geworden sind, die uns noch viel zu schaffen machen wird. Strenges Vorgehen der Gerichte ist zwar notwendig und wirksam, doch der Erfolg wird so lange fraglich bleiben, als das Fälschen selbst nicht wesentlich erschwert wird. Leider wird dieses Ziel dank der neuen photo- und chemographischen Wiedergabeverfahren, die in Deutschland ganz besonders sorgfältig gepflegt werden, mit jedem Tage schwieriger zu erreichen sein, zumal auch das Publikum in der gutgläubigen Annahme falschen Geldes erkaufliches leistet. Oft genügt schon ein in der Art eines Geldstückes bemaltes Stück Papier, um einen allzu Arglosen zu täuschen und — zu betriegen. Viel gefährlicher als das Vorkommen falscher Banknoten ist indes der Nachdruck von geldwerten Papieren, Aktien, Kuzen, Anteilscheinen usw. zum Zwecke von Betrugsereignen nach Art der an der Sparkasse von Pfaffenwalde verübten. Sehr viele von den heute umlaufenden Wertpapieren sind in ihrer drucktechnischen Ausführung so einfach, daß sie mit käuflichen, jedermann zugänglichen Mitteln vollkommen nutzgetreu nachgebildet werden können — und auch nachgebildet werden. Diese Gefahr haben die führenden Banken längst erkannt und zur Abwehr in den „Richtlinien über die Zulässigkeit von Wertpapieren“ recht wirksame Vorkehrungsmaßnahmen getroffen. Danach wird der Wertdruck wieder wie ehemals auf einige besonders dafür eingerichtete Druckereien beschränkt bleiben, was für die Überwachung unerlässlich ist. Werden die Richtlinien sinngemäß und mit Verständnis angewendet, dann können sie die mit Recht an ein Wertpapier zu stellenden Anforderungen an seinen technischen Schutz gewährleisten. Noch besser hat die Reichsdruckerei diese Aufgabe durch ein Druckverfahren gelöst, mittels welchem eine maßstabmäßig eingebaute Druckplatte in nur einmaligem Abdruck vielfarbige Abzüge ergibt. Der wesentliche Schutz dieser Drucke besteht in der Unmöglichkeit, sie auf andern als dem ursprünglichen Wege in auch nur annähernd gleicher Güte herzustellen. Diese an sich nicht neue, aber wegen ihrer Schwierigkeit in Deutschland bisher praktisch nicht angewandte, als „Sammeldruck“ bezeichnete Druckart wird nur in der Reichsdruckerei ausgebildet und eignet sich ganz besonders zum Druck von Wertpapieren, an deren Sicherung höchste Anforderungen gestellt werden. Im Sammeldruck hergestellte Papiere zeigen im Schußdruck vielfarbigen, mosaikartiges Aussehen. Die einzelnen, stark kontrastierenden Farben stoßen unmittelbar aneinander, ohne den bis-

